Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 80 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

HANTZSCHEL'S OZON
Gebirgs-Waldluft.
Weltberühmt und einziges Mittel um in Zimmern etc. eine gesunde, ozonreiche belebende Waldluft zu schaffen.
Aerztlich direkt verordnet.
Unübertroffen im Aroma.
1/1 Ltr. Mk. 2.50, 1/2 Ltr. Mk. 4.50.
Zerstäuber, 40 Pf. u. Mk. 2.40.
Georg Häntzschel
Hoflieferant
Struvestrasse No. 2.

Heinrich Niebling,
Tolkewitzerstrasse 2 **Blasewitz** Tolkewitzerstrasse 2
Zeitungskommissionär für Blasewitz
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die **„Dresdner Nachrichten".**

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bei Keuchhusten vorzüglich bewährt: **Keuchhustensaft,** wohlschmeckend, hergestellt aus den frischen Blättern der Edelkastanie (Castanea vesca), à Flasche 75 Pf., **aromatisches Keuchhustenpflaster,** à Stück 50 Pf. Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Fussmaschinen für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, gelähmte, kraftlose Beine, Knie- u. Hüftstützmaschinen, Kniestreckmaschinen, für Hüftgelenk-Entzündung u. Verrenkung etc. fertigt als Spezialität **Bandagist** und **Orthopäd**
M. H. Wendschuch sen., Marienstrasse 22b.
Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 324. Spiegel: Protestbewegung gegen Chamberlain. Neueste Drahtmeldungen. Hofnachrichten. Landtag. Gerichtsverhandlungen. „Elisa". Lotterieliste. | Muthmaßl. Witterung: Kühler, veränderlich. | **Freitag, 22. November 1901.**

Für den Monat

December

abonniren die Leser in

Dresden und dessen Vororten Blasewitz, Plauen, Löbtau

bei der Hauptgeschäftsstelle **Marienstrasse 38** und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

90 Pfennigen.

Bei den **Kaiserlichen Postanstalten** im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu **1 Mark,** in Oesterreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Hellern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Die Protestbewegung gegen Chamberlain.

Die Haltung der regierenden Kreise in Berlin gegenüber der die deutsche Ehre berührenden Aeußerung Chamberlain's und der hierdurch in allen Gauen des Deutschen Reiches hervorgerufenen Protestbewegung ist die Konsequenz des ausgesprochen englandfreundlichen Kurses, in dem die amtliche deutsche Politik seit Ausbruch des südafrikanischen Krieges steuert. Nach den verschiedenen Akten offener Parteinahme für England, nachdem Lord Roberts für seine gegen die Buren verrichteten „Heldenthaten" durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet und der Empfang des Präsidenten Paul Krüger in Berlin schroff abgelehnt worden ist, muß es doch einigermaßen begreiflich erscheinen, daß man sich im Auswärtigen Amte in Berlin über die fragliche Behauptung des britischen Kolonialministers nicht sonderlich aufzuregen vermag. Wenn Lord Roberts als der militärische Hauptvertreter der britischen Kriegführung in Südafrika mit dem höchsten preußischen Orden dekorirt wurde, diese Kriegführung also deutscherseits die höchste Billigung und Werthschätzung erfahren hat, so kann die Chamberlain'sche Gleichstellung der englischen Kriegführung gegen die Buren mit der deutschen gegen Frankreich im Jahre 1870 den Charakter einer Beleidigung oder Schmähung nach der Auffassung der berufenen Repräsentanten der deutschen Politik nicht haben.

Es ist somit allem Anscheine nach nicht sowohl die temperamentvolle Rhetorik Chamberlain's an sich, die in Berlin an maßgebender Stelle einen unerbaulichen Eindruck erweckt haben dürfte, sondern die Thatsache, daß in Folge der gegen Chamberlain's Aeußerung gerichteten Protestbewegung, an der alle Bevölkerungsschichten betheiligt sind, die offizielle deutsche Politik wiederum wie bei der demonstrativen Auszeichnung Lord Roberts und der Abweisung des Präsidenten Krüger in grellen Gegensatz gestellt wird zu dem einmüthigen deutschnationalen Volkswillen. So stark ist offenbar unsere auswärtige Politik für Englands Interessen bereits engagirt, daß sogar die Behauptung eines englischen Ministers, die von dem gesammten deutschen Volke als eine unerhört freche Schmähung der deutschen Ehre empfunden wird, von den berufenen amtlichen Vertretern des Deutschen Reiches ignorirt werden muß, um nur ja nicht in London den Verdacht entstehen zu lassen, als sei die Freundschaft der Berliner Diplomatie für England nicht unbedingt und unerschütterlich. Selbst eine indirekte Abwehr des Chamberlain'schen Angriffes auf die deutsche Ehre, etwa durch einen Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.", dessen Ursprung sich den Engländern gegenüber nöthigenfalls verleugnen ließe, hat man sich in Berlin nicht zu gestatten gewagt: ein wahrhaft rührender Beweis für das schier unerschöpfliche Maß hingebender Treue zu Albion, die selbst durch eine unverdient schlechte Behandlung nicht einen Augenblick in's Wanken gerathen kann!

Daß in der Wilhelmstraße in Berlin nicht zunächst die fragliche Aeußerung Chamberlain's, sondern der Entrüstungssturm, der sich aus des Volkes Mitte gegen sie erhoben hat, peinlich und unbequem berührt hat, läßt sich deutlich genug aus den mancherlei Versuchen erkennen, um einerseits die Bedeutung der antideutschen Kundgebung des britischen Kolonialministers abzuschwächen oder ganz aufzuheben und andererseits die Protestbewegung zum Abklingen zu bringen. Solche Versuche finden sich nur dort, wo nachweislich Beziehungen zum Auswärtigen Amte gepflegt oder eine „stille Liebe" zum Grafen Bülow unterhalten wird, und daher liegt die Annahme nahe, daß sie entweder aus einer von Oben kommenden Inspiration abzuleiten sind oder daß mit ihnen aus freier Initiative den Intentionen entsprochen werden soll, die für maßgebend angesehen werden. So wird jetzt von mehreren Seiten übereinstimmend versichert, daß Graf Bülow bei gegebener Gelegenheit im Reichstage erklären werde, die fragliche Aeußerung des englischen Ministers sei als eine „private" zu behandeln und es sei ihr daher jede Bedeutung abzusprechen. Unser Reichskanzler hat in der That eine ausgesprochene Vorliebe, Persönlichkeiten, die in der Oeffentlichkeit eine hervorragende Rolle spielen, zu halbiren: in eine private und in eine amtliche Hälfte, die nichts mit einander zu thun haben sollen. Die Ordensverleihung an Lord Roberts hat Graf Bülow im März d. J. im Reichstage als eine ganz unmaßgebliche Privatleistung hinzustellen versucht. Als Kaiser Wilhelm dem Oberbefehlshaber der englischen Armee den Schwarzen Adlerorden verlieh, soll er lediglich Privatperson, nicht Monarch gewesen sein. Nach des Grafen Bülow Ansicht ist auch Lord Roberts, als er dekorirt wurde, nur eine gänzlich bedeutungslose Privatperson gewesen. Wie in unserem Kaiser und dem Lord Roberts der Privatmann in keinerlei Zusammenhange stehen soll mit der öffentlichen Persönlichkeit, die sie repräsentiren, so soll es jetzt auch bei Chamberlain der Fall sein. Chamberlain ist zwar britischer Kolonialminister, aber zugleich auch Privatmensch, und nur als solcher hat er sich über die deutsche Armee geäußert, und was er als Privatmann sagt, soll die deutsche Regierung absolut nichts angehen. Demgegenüber wird mit Recht geltend gemacht: Hätte sich Graf Bülow in einer öffentlichen Versammlung abfällig über die englische Kriegführung in Südafrika geäußert, so würde man in England ganz gewiß nicht sagen, es handle sich um eine blos private Aeußerung, sondern man würde eine hochpolitische Aktion daraus machen.

In preußischen Kreisblättern und auch anderwärts stützen sich die offiziösen Abwiegelungsbemühungen auf Argumente, die dem Bereiche der „hohen" Politik entnommen werden. Die Chamberlain'sche Aeußerung soll nur als eine reine Privatleistung bewerthet und als solche ignorirt werden, weil eine andere Beurtheilung mit dem Standpunkte, den die amtliche deutsche Politik zu England einnimmt, unvereinbar sein würde. Deutschland soll zu einer Rücksichtnahme gegenüber England verpflichtet sein, die selbst gebietet, sich Beleidigungen aus ministeriellem Munde ruhig gefallen zu lassen. Für unsere Weltpolitik soll das Verhältniß zu England die größte Bedeutung erlangt haben, so daß es sich empfiehlt, ministerielle Kundgebungen, die diese Bedeutung beeinträchtigen könnten, als Aeußerungen der Privatlaune vollständig mit Stillschweigen zu übergehen. Dem Reichskanzler wird offiziös gefordert, soll man Dankbarkeit zollen, daß er sorgsam bemüht bleibt, jede Reibungsfläche zwischen Deutschland und England zu beseitigen. Ruhig Blut! so lautet die Parole der Offiziösen. Mit anderen Worten: Englands Wohlwollen ist für Deutschlands Machtstellung so unentbehrlich, daß die Bürger des Deutschen Reiches den Mund zu halten haben, wenn es einem Mitglied der britischen Regierung beliebt, die deutsche Armee zu beschimpfen. Der erste Kanzler des Deutschen Reiches legte das Schwergewicht seiner auswärtigen Politik auf die Pflege besonders der russischen Freundschaft. Das hat ihn aber nicht gehindert, gehässige antideutsche Kundgebungen, die sich auf Einflüsse der amtlichen russischen Politik zurückführen ließen, jederzeit so zu behandeln, wie es der Würde, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Deutschen Reiches entsprach. Fürst Bismarck hat wiederholt „kalte Wasserstrahlen" nach Petersburg an die Adresse der dortigen Minister gerichtet. In seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 wies er fast mit demselben Athemzuge, mit dem er erklärte: „Wir wollen nach wie vor Frieden mit unseren Nachbarn, namentlich aber mit Rußland!" den Vorwurf des „Wettkriechens" vor Rußland energisch mit den Worten zurück: „Aber um Liebe werben wir nicht in Rußland. Wir drängen uns nicht auf, wir lauten Niemand nach!"

Die Parole „Den Mund halten!" scheint thatsächlich ausgegeben worden zu sein. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes hat an die Kriegervereine aus den „ernstesten Gründen" die Bitte gerichtet, sich jeder Kundgebung gegen Chamberlain zu enthalten. Auf dem Krieger-Bezirkstage in Altona erklärte der Vorsitzende, daß „von Oben" der Wunsch ausgesprochen sei, die Kriegervereine sollten nicht protestiren. In einer Sitzung des Kriegerverbandes des Kreises Mülheim a. R., an der 37 Kriegervereine theilnahmen, beantragte ein Delegirter, zu Chamberlain's Angriffen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende entzog jedoch dem Redner das Wort unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Vorstandes, wonach es nicht Sache einzelner Soldaten oder Vereinigungen ehemaliger Krieger sein dürfe, Angriffe gegen die deutsche Kriegführung zurückzuweisen. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. So weit hat es also die Bülow'sche Politik gebracht, daß sie sich gezwungen sieht, eine Bewegung, über die sich die Regierung als über eine starke Bethätigung des Nationalbewußtseins und des deutschen Ehrgefühls herzlich freuen sollte, kunstvoll zu dämpfen und so die Kluft, die zwischen dem patriotischen Empfinden des deutschen Volkes und Denen besteht, die es führen sollen, noch zu vertiefen und zu erweitern.

König Eduard habe dem Kaiser zugesagt, daß alle Gastfreundschaft und zarte Rücksicht, über die er verfügen könne, dem Kronprinzen gewährt werden würden. — Der Bundesrath und das preußische Staatsministerium, letzteres unter Vorsitz des Reichskanzlers Grafen Bülow, hielten heute Sitzungen ab. — Der Kaiser hat dem preisgekrönten Entwurfe des Bildhauers Prof. Eberlein für das Berliner Richard Wagner-Denkmal zugestimmt und nur einige Wünsche, betreffend kleine Aenderungen, geäußert. — Der neue Postetat sieht eine zahlreiche Vermehrung der Beamtenstellungen im Post- und Telegraphendienste vor. Es handelt sich im Ganzen um einen Zugang von 7910 etatmäßigen Beamten und Unterbeamten. Neu vorgesehen sind u. A. die Stelle eines Postrathes für die Ober-Postdirektion Leipzig und die Stelle eines Postinspektors für die Ober-Postdirektion Chemnitz. — Der Kaiser soll sich gegenüber einem Staatsmanne, der soeben vom Festlande nach England zurückkehrte, der deutschen Korrespondenz in London zufolge über die Aussichten der Zolltarifvorlage ziemlich zuversichtlich geäußert und geäußert haben: „Ein bischen Patriotismus und das Schwerste wird leicht!"

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Erklärung Chamberlain's über die durch seine Edinburger Rede in Deutschland hervorgerufene Protestbewegung erklärt die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.": „Wir stellen fest, daß zwar die Edinburger Rede damit eine Abschwächung erfährt, der Ausdruck der Verwunderung aber über die Empfindlichkeit des deutschen Nationalgefühls ungerechtfertigt und ungehörig bleibt. Denn das „Mißverständniß", von dem Herr Chamberlain spricht, liegt auf Seiten der wochenlang unwidersprochen gebliebenen englischen Berichterstattung. Ueber die zur Entschuldigung vorgebrachte allgemeine Wahrheit, daß in allen Kriegen Härten vorkommen, würde sich Niemand bei uns erregt haben. Dem in Volksversammlungen hier und da aufgestellten Verlangen, im Interesse des deutschen Heeres amtliche Schritte gegen außeramtliche Aeußerungen eines fremden Ministers zu unternehmen, können wir uns nicht anschließen. Das Ansehen, das sich die deutsche Armee sowohl durch Mannszucht und Menschlichkeit, wie durch Tapferkeit in der ganzen gesitteten Welt erworben hat, steht viel zu fest, als daß es durch falsche und unpassende Vergleiche berührt werden könne." — Die „Deutsche Tagesztg." erklärt die neue Erklärung Chamberlain's als eine neue Unverschämtheit desselben und bemerkt: Das hat nun unsere Regierung für ihr Schweigen zu den Chamberlain'schen Insolenzen, das haben unsere Gouvernementalen für ihre ängstlichen Beschwichtigungsversuche. — Der Bundesrath überwies den Gesetzentwurf, betreffend den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte, sowie Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die zuständigen Ausschüsse. Hierauf wurde dem Entwurfe von Vorschriften über den Kleinhandel mit Kerzen, sowie Vereinbarungen über erleichternde Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, sowie der Schweiz zugestimmt.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Aufsichtsrath der Brasilianischen Bank für Deutschland beschloß, der auf den 12. Dezember einberufenen Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 8 Proz. für das Geschäftsjahr von 1900—1901 vorzuschlagen. Im vorigen Jahre betrug die Dividende 9 Proz.

Neustrelitz. Die Pfandbriefgläubiger der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank wählten in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung die deutsche Treuhandgesellschaft und, im Falle diese ablehnen sollte, die Geh. Justizräthe v. Simson und Max Wegner, Beide in Berlin, zu ihren Vertretern. Zu Aufsichtsräthen wurden die Bankiers Hermann Herr, Carl Stoeter und Felix Mayer, sämmtlich in Berlin, Eckhaus-Perleberg und Lazarus-Neustrelitz.

Oldenburg. Der Großherzog wird infolge seines Herzleidens, wegen dessen er im Anfange des Jahres drei Monate zur Kur in Dresden weilte, den Winter im Süden verbringen.

Essen. (Priv.-Tel.) Das Kohlensyndikat erhebt im Oktober 6 Proz. Umlage gegen 3 Proz. vorher. Die Erhöhung der Umlage war vornehmlich bedingt durch die Zahlung großer Ausfuhrvergütungen an die Eisenindustrie.

Darmstadt. Zweite Kammer. Zu einem Antrage Korell, betreffend den Gesetzentwurf über die Fleischbeschau, beantragt der Ausschuß, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrath dahin zu wirken, daß das Fleischbeschaugesetz in vollem Umfange in Kraft trete und daß die nöthigen Bundesrathsverordnungen so schnell wie möglich erlassen werden. Nach längerer Debatte und der Erklärung eines Vertreters der Regierung, daß der Entwurf der Ausführungsvorschriften für das Fleischbeschaugesetz seit einigen Wochen fertiggestellt sei, wurde der Antrag des Ausschusses angenommen.

Darmstadt. Die Zeitungsmeldung, in Darmstadt sei in den evangelischen Kirchen am letzten Sonntag die Bitte um die Großherzogin beim Kirchengebet ausgelassen worden, wird dementirt.

München. Die Kammer der Abgeordneten beschloß, die Regierung zu ersuchen, den Wortlaut der Lokalbahnsichtlinie zu vereinfachen. Minister Freiherr v. Crailsheim erklärte bezüglich der zur Sprache gebrachten süddeutschen Eisenbahngemeinschaft, es seien allerdings Verhandlungen im Gange, welche eine weitere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Tarife bezweckten und es würden darüber in nicht allzu ferner Zeit weitere Besprechungen stattfinden; allein eine größere Verbilligung der Personentarife sei nur in Zeiten guter Finanzen möglich. Die bayerische Regierung werde jede Vereinbarung ablehnen, welche die Selbstständigkeit der bayerischen Staatsbahn irgendwie beeinträchtigt.

München. Die beiden Münchner Gemeindekollegien haben heute Vormittag in geheimer Sitzung die Beschaffung weiterer Mittel durch Aufnahme einer Anleihe von 30 Mill. Mk. beschlossen.

Breslau. (Priv.-Tel.) Der Bauunternehmer und Terrainspekulant Leopold Weber gerieth in Zahlungsstockungen. Die Passiva betragen ungefähr 4½ Mill. Mk.

Pest. Während der heutigen Verhandlung des Abgeordnetenhauses warf ein Mann mit dem Rufe „Vaterlandsverräther" von der Galerie eine Menge Flugschriften in den Saal, worauf er sich entfernen wollte. Er wurde jedoch zur Polizei gebracht, wo er angab, er sei entlassener Beamter, er warte seit Monaten auf die Erledigung eines von ihm eingereichten Gesuches und durch das Ausstreuen der Flugschriften habe er die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 3.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser begiebt sich am Sonntag nach Kiel zur Rekrutenvereidigung. Möglicher Weise wird die Kaiserin ihren Gemahl begleiten und sich dann nach Plön begeben. Kaiser Wilhelm soll den Plan erwägen, den Kronprinzen auf eine Weltreise zu schicken, die auch die östlichen Provinzen des britischen Reiches einschließen würde. Aus Neuhaus wird gemeldet: